

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

am

6. April 2021 um 11 Uhr

zum Thema

Menschen mit Beeinträchtigungen –

**1 Jahr Covid-19 - Auswirkungen der Pandemie auf den Alltag
in Einrichtungen nach dem Chancengleichheitsgesetz**

weitere Gesprächsteilnehmer:

MMag. **Gernot Koren** MAS, Sprecher der IV-Sozialunternehmen, Geschäftsführer
pro mente OÖ

Alfred Prantl, Obmann der Interessenvertretung f. Menschen mit Beeinträchtigung
und Mag.^a **Edith Zankl**, stv. Sprecherin IV-Sozialunternehmen, Geschäftsführerin
Volkshilfe Lebensart

**Rückfragen-Kontakt: Daniela Rabeder (+43 732) 77 20 - 77 20 – 120 43 oder
(+43) 0664 - 600 72 120 43 daniela.rabeder@ooe.gv.at**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Ähnlich wie in den Alten- und Pflegeheimen, waren auch in sämtlichen Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen engmaschige Maßnahmen zum Schutz vor Covid-19-Infektionen notwendig. Diese Vorgaben haben alle Beteiligten – Kund/innen, Angehörige und Beschäftigte - vor völlig neue Herausforderungen gestellt und den gewohnten Alltag massiv verändert. Die Tagesstrukturen waren Großteils im Notbetrieb – d.h. nur für jene Menschen geöffnet, die keine Betreuungsalternative zur Verfügung hatten. Auch Besuche in den Wohneinrichtungen waren und sind – entsprechend den Bundesvorgaben – nur eingeschränkt möglich. Diese sozialen Einschränkungen haben viele Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörige sehr hart getroffen.

„Die zahlreichen Verordnungen des Bundes haben zunehmend für Verwirrung und Verunsicherung gesorgt. Menschen mit Beeinträchtigungen wurden meist pauschal als Risikogruppe eingestuft und ihre Bedürfnisse oft nicht berücksichtigt. Viele Vorgaben des Bundes kamen verspätet und waren unklar formuliert, wir mussten auf Landesebene vieles klarstellen und nachbessern. Umso wichtiger war es, dass es von Beginn an eine professionelle Zusammenarbeit und einen ständigen Austausch zwischen den verschiedenen Trägern und der Abteilung Soziales des Landes gegeben hat, auch die Interessenvertretung der Sozialunternehmen (IVS) war dabei ein wichtiger Partner und in die Kommunikation gut eingebunden“, sagt Birgit Gerstorfer. „Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass trotz all dieser Schwierigkeiten, in den Einrichtungen eine hervorragende Arbeit geleistet worden ist. Danke an alle für ihre Disziplin, Ausdauer, Geduld und ihren Einsatz!“

Mehr als **12.700** Menschen mit Beeinträchtigungen haben im Jahr 2020 Leistungen nach dem Oö. Chancengleichheitsgesetz (Oö.ChG), in Anspruch genommen. Rund **4.800** haben eine Wohnbetreuung erhalten, weitere **2.316** eine Mobile Betreuung und Hilfe oder Persönliche Assistenz in Anspruch genommen. **5.595** Personen waren in einer Tagesstruktur (integrativ oder in Werkstätten) beschäftigt.

Infektionsgeschehen in den ChG-Einrichtungen

In den 593 Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen hat es bis bisher insgesamt 1.734 bestätigte Covid-19-Infektionen gegeben – davon waren 801 Klient/innen und 933 Mitarbeiter/innen betroffen. Die meisten von ihnen hatten einen leichten Krankheitsverlauf, 32 Personen sind an den Folgen ihrer Covid-Erkrankung aber leider verstorben. Aktuell sind in 16 oberösterreichischen Einrichtungen 36 Mitarbeiter/innen sowie 30 Klient/innen positiv auf Covid-19 getestet. (Stand: 4. April 2021)

Soziale Dienstleister sind wichtig für eine funktionierende Gesellschaft

„Das letzte Jahr hat unseren Arbeitsalltag extrem gefordert“, sagt Gernot Koren. „Dank des enormen Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der guten Zusammenarbeit zwischen den Trägern und dem Land OÖ konnten wir diese Herausforderungen stemmen. Ich bedanke mich bei allen Mitwirkenden für die hohe Professionalität in dieser Krisenzeit. Dies war auch einer der Gründe dafür, dass es relativ wenig Covid-19-Erkrankungen und Todesfälle gab.“

Die Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen wurden als Systemerhalter und als kritische Infrastruktur in Oberösterreich eingestuft. Sie haben auch einen großen Beitrag dazu geleistet, dass Krankenhäuser entlastet wurden. Der Großteil der Erkrankten wurde weiterhin in den Einrichtungen betreut und gepflegt. Durch sehr viel Kreativität und großartiges Engagement des Personals konnte der Verbleib der infizierten Bewohner/innen in ihren Wohnungen und Zimmern gesichert werden.

„Unsere Rolle war es vor allem, Menschen mit Beeinträchtigung zu unterstützen – wir wollten sie empathisch und professionell durch diese Krise begleiten“, sagt Gernot Koren.

Chancen in der Krise

„Die häufigen Veränderungen der Verordnungen sorgten oftmals für viel Verwirrung und Stress – bei den Kundinnen und Kunden, beim Personal, aber auch bei vielen Angehörigen. Es ist wirklich sehr herausfordernd, den Überblick zu behalten und die vielen und sehr differenzierten Einschränkungen einzuhalten und

alltagstauglich umzusetzen – insbesondere für Angehörige hinsichtlich der limitierten Besuchsmöglichkeiten in den Wohneinrichtungen“, sagt Gernot Koren. „Die Kooperation und enge Zusammenarbeit mit dem Sozialressort hat sehr gut funktioniert, es erfolgte ein Zusammenwachsen durch die Krise. Sie war also auch ein gutes Lernfeld für alle Beteiligten und Involvierten.“

Menschen mit Beeinträchtigung zukünftig sichtbarer machen

„Menschen mit Beeinträchtigung gehören weder automatisch zum Hochrisikobereich noch automatisch zum Bereich der Alten- und Pflegeheime, wie es in so manchen Verordnungen pauschaliert wurde“, sagt Alfred Prantl, Obmann der Interessenvertretung f. Menschen mit Beeinträchtigung „Leider wurden wir nicht gefragt, was wir tatsächlich brauchen und welche Bedürfnisse wir in der Pandemie hatten und haben. Wir waren in den Krisenstäben, genauso wie die Träger, nicht vertreten. Das war ein Rückschritt in Sachen Inklusion. Auch die Ausstattung mit Covid-19-Schutzkleidung erfolgte im Behindertenbereich sehr spät“, berichtet Prantl. „Für Menschen mit Beeinträchtigungen ist ihre Tätigkeit in den Werkstätten oft die einzige Möglichkeit außerhalb ihres Wohnbereichs soziale Kontakte zu pflegen. Deshalb ist es wichtig, Schutzstrategien zu etablieren, die ihnen so lange wie möglich erlauben, ihrer Tätigkeit nachzugehen. Cluster-Bildungen in Einrichtungen sollen durch häufige Tests verhindert werden und nicht durch soziale Isolation der Klientinnen und Klienten!“, so sein Appell an die Verantwortlichen.

„Trotzdem - oder vielleicht gerade deswegen – möchte ich mich bei den Menschen mit Beeinträchtigungen bedanken, die bei vielen einschränkenden Schritten auch mitgegangen sind“, sagt Edith Zankl. „Leider gab es und gibt es auch Kundinnen und Kunden, die unter der beschränkten Verfügbarkeit von einigen Leistungen wie z. B. bei den mobilen Diensten oder auch bei den Beschäftigungseinrichtungen, sehr leiden. Zum Beispiel, weil die sinnstiftende und tagesstrukturierende Tätigkeit fehlt oder einfach auch nur der Kontakt zu den anderen Menschen oder zum Betreuungspersonal abgeht. Wir müssen für die Zukunft daraus lernen. Die psychosozialen Auswirkungen bei den Kundinnen und Kunden sind spürbar und massiv. Einige Entwicklungen sind sehr negativ im Sinne von Kompetenzverlusten (v. a. Kommunikation und Mobilität), besonders herausforderndem Verhalten oder

starke Rückzugssymptomatiken – einige aber auch positiv durch Reizreduktionen, bewusstere Resilienzstärkungen und grundsätzliche Krisenkompetenz.“

Hohes Engagement bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Eines hat die Corona-Pandemie gezeigt: Der ChG-Bereich und die Sozialbranche sind sehr krisenfest und bieten sichere Arbeitsplätze. *„Ein herzlicher Dank gebührt allen Mitarbeitenden, die durch ihr achtsames Verhalten, auch im privaten Bereich, sich und andere geschützt haben und dies noch laufend tun“,* sagt Edith Zankl. *„Für viele war und ist es eine sehr anstrengende Situation, vor allem in den Bereichen des stationären Wohnens, da viele Bewohnerinnen und Bewohner nach wie vor keiner oder nur in geringem Ausmaß einer Beschäftigung außer Haus nachgehen können. Aber auch Kurzarbeit während und nach der ersten Covid-Welle stellte Mitarbeitende vor eine herausfordernde Situation, v. a. finanzieller Natur. Wir bedanken uns bei den Kolleginnen und Kollegen für ihr Durchhaltevermögen und die laufende Einhaltung aller Vorsichtsmaßnahmen, wissend, dass dies durchaus mühsam und anstrengend ist.“*

Impfstatus in Einrichtungen nach dem Oö. ChG:

Oberösterreichweit hat das Sozialressort in Kooperation mit den Trägern im Behindertenbereich **17 Impfzentren** eingerichtet. Bisher wurden insgesamt **7.824 Impfdosen** mit dem Impfstoff Moderna an Menschen mit Beeinträchtigungen in Einrichtungen nach dem Oö. ChG verabreicht, davon haben 6.417 Personen eine erste Teilimpfung bekommen. Rund 68 Prozent der Personen, die ein Impfangebot erhalten haben, haben sich impfen lassen. Die Impfquote bei den Bewohner/innen von Wohneinrichtungen liegt bei 75 Prozent. Mittlerweile wurde an rund 1.400 Personen bereits eine 2. Teilimpfung verabreicht.

„Ein Danke gilt auch den vielen Angehörigen, die bei den Impfungen mitgewirkt und geholfen haben und dies auch laufend noch tun. Ich appelliere weiterhin an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Impfangebot anzunehmen, leistet die Impfung doch den besten Schutz vor einer COVID-19-Erkrankung mit schwerem Verlauf“, so Birgit Gerstorfer.

Erfahrungswerte – oder: Was können wir in Zukunft besser machen

„Ganz wichtig ist es, dass Leistungen und Standorte nicht mehr geschlossen werden“, sagt Gernot Koren. „Das bringt viel mehr Schaden als Nutzen. Wir müssen die Leistungen offen halten, natürlich unter Einhaltung bewährter Risikoabschätzungen und Präventionskonzepte. In unserer Arbeit geht es um essentielle Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Wichtig ist auch die zielgruppen- und leistungsspezifische Risikoabschätzung, pauschale Regelungen machen in unserem Bereich kaum Sinn. Unser Verwaltungsaufwand war teilweise sehr hoch, eine Entbürokratisierung würde dem entgegenwirken. Und schließlich – wie bereits oben erwähnt – müssen Menschen mit Beeinträchtigungen besser und von Anfang an in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Inklusion im Sinne von Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung darf nicht nur ein Schönwetter-Schlagwort sein, wir müssen diese auch – und v. a. in Krisenzeiten – mit Leben füllen.“

Angebotserweiterung trotz COVID-19

Im vergangenen Jahr haben in Oberösterreich rund 4.800 Menschen mit Beeinträchtigungen eine Wohnbetreuung erhalten. Da der Wohnplatzbedarf damit noch nicht gedeckt ist, hat das Sozialressort bereits 2018 eine Ausbauoffensive gestartet – bis zum Jahr 2022 sind und werden so oberösterreichweit mehr als 500 neue, zielgruppengerechte Wohnplätze entstanden bzw. geschaffen.

Beispielsweise hat erst kürzlich das Wohnhaus „Hubkogel“ in Bad Ischl mit 14 Plätzen den Betrieb aufgenommen. Außerdem bietet das neue Haus einen Kurzzeitwohnplatz und einen Akut-Kurzzeitwohnplatz. Das Sozialressort des Landes OÖ hat die Errichtung mit rund 1 Mio. Euro unterstützt. Auch in Unterweißenbach bekommen 15 Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung demnächst ein neues Zuhause. Insgesamt werden alleine in diesem Jahr 94 Plätze für voll- oder teilbetreutes Wohnen entstehen. 133 weitere Plätze werden 2022 geschaffen.

